

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. Petitzeile 1 M. Aufnahme nur bei vor-
herig. Gebühreneinbarung auf Postcheck. Alfred Riebel 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionschl. Freitag

Protest der freien Gewerkschaften Gegen Lohndruck und Zerschlagung des Tarifrechts — Für planmäßige Wirtschaftsführung

Am 18. Oktober fand im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats eine große Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes statt. Der Reichskanzler, der fast täglich vor Unternehmergruppen spricht und für sein System wirbt, war nicht erschienen. Auch der Reichsarbeitsminister war nicht selbst anwesend und hatte den Ministerialdirektor Sigler mit seiner Vertretung betraut.

Theodor Leipart eröffnete die Kundgebung mit der Bemerkung, daß schon ganz besondere Gründe vorliegen müssen, wenn sich die beiden Bundesverbände der freien Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit an die Öffentlichkeit wenden.

Die Bundesverbände beabsichtigten nicht, sich auf dieser Kundgebung mit der Auslegung des Artikels 48 der Reichsverfassung zu beschäftigen. Die Kundgebung soll sich lediglich darauf beschränken, der Öffentlichkeit die Auffassung der freien Gewerkschaften zum Wirtschaftsprogramm sowohl vom rechtlichen als auch vom wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkt aus darzulegen. Beide Verbände wollen ihre Klagen und Warnungen in der öffentlichen Kundgebung vorlegen und erwarten, daß sie beachtet werden. Scharf wandte sich Leipart gegen die Reichsregierung, weil sie mit ihren Reden und Handlungen einen Keil in das Gefüge des deutschen Volkes treibe. Die Gewerkschaften müßten sich energisch dagegen verwahren, daß man alle, die im Gegensatz zur jetzigen Regierung stehen, als nicht „national“ und als Feinde des deutschen Volkes kennzeichne. Leipart stellte dabei die Frage, ob die Reichsregierung auch alle die Millionen, die am 6. November gegen Papen stimmen werden, als nicht „national“ bezeichnen will.

Dieser Regierung fehle das Vertrauen, das allein eine feste Autorität schaffen kann.

Leipart wandte sich auch entschieden gegen die Unterstellung, die Gewerkschaften seien schuld daran, daß durch ihren Widerstand gegen den 4. und 5. September notverordneten Lohndruck die Arbeitslosen nicht wieder in die Betriebe kommen. Die freien Gewerkschaften, von deren Mitgliedern 45 Proz. arbeitslos sind und 22 Proz. verübt arbeiten, haben ein brennendes Interesse daran, daß für die Arbeitslosen wieder Beschäftigung geschaffen wird. Gegen diese Unterstellung zeugt auch die Tatsache, daß die Gewerkschaften schon seit langem die Verkürzung der möglichen Arbeitszeit verlangen und wegen dieser Forderung bereits im Februar 1931 beim Reichspräsidenten vorgesprochen haben.

In seinem Vortrag über

Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften

ging Genosse Fritz Larnow davon aus, daß die deutsche Industrie- und Landwirtschaft nach dem Index unseres Konjunkturinstituts auf weniger als die Hälfte ihrer früheren Höhe zusammengeschrunken sei.

Larnow erinnerte an die Forderung des letzten außerordentlichen Gewerkschaftstongresses zur Arbeitsbeschaffung.

Wir haben damals einen Kreditbedarf von zwei Milliarden angenommen, um eine halbe Million Arbeiter für ein ganzes Jahr zu beschäftigen. Man hat uns Inflationsbedenken entgegengehalten. Nach dem Plan der Reichsregierung soll jetzt eine größere

Kapitalsumme im Laufe eines Jahres mobilisiert werden. Es ist für uns sehr bemerkenswert, daß das Inflationsgeheiß dagegen in gewissen Kreisen verstummt ist. Das kann nicht begründet werden mit der Veränderung der Finanzierungsmethode, nur der Verwendungszweck allerdings ist ein anderer.

Wir wollen zwei Milliarden für tatsächliche und unmittelbare Arbeitsbeschaffung, der Regierungsplan will 2,2 Milliarden Steuererlöse an die Unternehmer verteilen und das ist es wohl, was manche Inflationsfurchen beschwichtigt hat.

Leider ist die Regierung unserem Vorschlag der direkten Arbeitsbeschaffung nicht gefolgt. Sie will die Wirtschaftsbelebung grundsätzlich über den Weg der privaten Unternehmerinitiative, und sie nimmt einfach an, wenn man den Unternehmern Geld gibt, lassen sie schon mehr arbeiten. Wir vermuten, daß sie das erst dann tun werden, wenn sie Aussicht haben, auch mehr verkaufen zu können. Aber wenn wir in bezug auf den Erfolg auch nicht so hoffnungsfroh gestimmt sind wie die Reichsregierung, so sind wir doch bereit, dem wirtschaftlichen Teile des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. Wir werden uns keiner Maßnahme in den Weg stellen, von der wir hoffen können, daß sie den Arbeitslosen hilft. Dazu kennen wir deren Feind und grenzenlose Verzweiflung viel zu gut, als daß wir den Wunsch haben könnten, das Ziel der Wehrbeschäftigung möge scheitern. Wenn der Plan nicht den Erfolg bringen sollte, den seine Väter in Aussicht gestellt haben, dann wird nicht Schadenfreude unser Gefühl sein, sondern tiefe Trauer und

Bitterkeit darüber, daß ein großer Aufwand nutzlos vertan worden wäre.

Leidenschaftlich aber müssen wir protestieren

gegen den Teil des Planes, der mit unerträglicher Härte in den Lebensstandard der Arbeiterschaft und ihre sozialen Rechte eingreift.

Wenn die Regierung schon 1½ Milliarden an die Unternehmer verleiht, wenn sie noch weitere 700 Millionen an Einstellungsprämien dazufügen kann, wie konnte sie auf den unseligen Gedanken kommen, auch noch

die LohnsenkungstrIBUTE der Arbeiter

mit in den Geschenkkorb zu werfen?

Der Wirtschaftsplan bestraft den sozialdenkenden Unternehmer und prämiert die antisoziale Unternehmerbrutalität. Die Neueinstellungen gingen völlig auf Kosten der Belegschaften, und die Unternehmer machten außerdem noch ein Geschäft damit. Eine Unmöglichkeit sei der Paragraph 7 der Verordnung, der „gefährdete Betriebe“ dadurch retten wolle, daß er dem Schlichter das Recht gebe, für sie den Tariflohn bis zu 20 Proz. zu senken. Wenn diese Idee in das allgemeine Arbeitsrecht eingeführt werden sollte, so wäre das schließlich

das Ende der kollektiven Regelung des Arbeitsverhältnisses, aber auch eines Groteske im kapitalistischen Konkurrenzsystem.

Die Forderung der Gewerkschaften

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung krankt an inneren Widersprüchen. Die Regierung will die Deflation bekämpfen und den Binnenmarkt beleben, senkt aber die Löhne und Gehälter. Sie will die Produktion steigern und Arbeit beschaffen, erschwert aber durch die Kontingentierungspolitik die industrielle Ausfuhr und zerstört vorhandene Arbeitsmöglichkeiten.

Diesen Widersprüchen des Wirtschaftsprogramms entspricht kein sozialer Geist. Die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten werden den Wünschen der Landwirtschaft und Großindustrie geopfert. Nachdem das Einkommen der Arbeitnehmer bereits auf ein unerträglich niedriges Maß gesenkt worden ist, werden Löhne und Gehälter erneut unter Druck gestellt. Während Industrie und Landwirtschaft Steuererlöse erhalten, wird die Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch den Kurs der Handelspolitik und die Erhöhung von Massensteuern erneut belastet. Während die Rechte der Arbeitgeber erweitert werden, unterhöhlt man das Tarifrecht und zerstört damit die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts. Die Regierung ruht zugleich ihre Machtstellung dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu lähmen.

Die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterschaft unerträglich. Die erzwungene Lohnsenkung steht im Widerspruch zu den Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach „der Lebensstandard der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt“ bleiben soll. Die Gewerk-

schaften fordern daher von der Reichsregierung, die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufzuheben.

Durch die traffe Ungerechtigkeit der Regierungsmassnahmen ist bereits eine tiefe Erbitterung und Entkräftung ins Volk getragen. Diese Politik schafft immer neue Unruhe und zerstört damit die Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft. Eine Regierung, die das Lebensrecht der Arbeiterschaft mißachtet, setzt sich mit der Mehrheit des Volkes in Widerspruch. Ihr fehlt das Vertrauen des Volkes, das allein echte Autorität begründet.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft zugleich der ganzen deutschen Wirtschaft dient. Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abgestellt ist, die der Erhaltung und der Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenaufzucht die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umlageschaffs ist, Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes. Man kann die Krise nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitswillen lähmt und sich nur auf die Initiative der Unternehmer verläßt, sondern allein mit dem Einatz aller verfügbaren Mittel durch die öffentliche Hand.

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.

Die Arbeiterchaft erfülle tiefe Erbitterung über diese Auswirkungen der Notverordnung, weil sie das Gefühl haben müßte, daß sie allein zu neuen Opfern herangezogen werde, die noch dazu volkswirtschaftlich ohne Nutzeffekt seien.

Die Regierung gibt sich eine großen Täuschung hin, wenn sie glaubt, dadurch Ruhe bekommen zu können, daß sie die Gewerkschaften schwachmacht zu legen versucht. Wenn ihr das wirklich gelänge, so hätte das noch keine andere Bedeutung, als daß der Abwehrkampf auf einen anderen Boden abgedrängt würde und in Formen, die der Regierung, aber auch den Unternehmern noch sehr viel weniger Freude bereiten würde, als der geordnete Gewerkschaftskampf.

Die Regierung sollte sich hüten, den Bogen zu überspannen. Die Staatsautorität kann nicht schlimmer erschüttert werden, als wenn das offenkundige Recht bei denen ist, die sich gegen Befehle und gegen die Staatsautorität zur Wehr setzen, weil sie es müssen. Denn es gibt ein Naturrecht, das höher steht als alles geschriebene Recht, das von keinem Staatsakt und von keiner Obrigkeit annulliert werden kann: das Naturrecht der geschundenen Kreatur gegen sinnlose Vergewaltigung. Die Regierung mag es nicht so empfinden, aber die Arbeiterchaft empfindet es so. Sie fühlt sich einer Vergewaltigung ausgesetzt, und aus dem tiefsten Bewußtsein eines sittlichen Rechts ist ihre Widerstandsbewegung eine spontane und elementare.

Die Regierung hat es noch in der Hand, ihren Wirtschaftsplan von den offenkundigen antisozialen Fehlfunktionen zu bereinigen, und wir fordern sie dringend auf, damit nicht länger zu zögern.

Hätten wir zur Zeit eine Volksvertretung als Instanz über der Regierung, wer wollte daran zweifeln, daß sie unsere Forderung erhören würde? Die gegenwärtige Reichsregierung leitet Amt und Auftrag vom Reichspräsidenten ab. Wir wissen wohl, daß der Herr Reichspräsident die Notverordnungen unterschrieben hat, aber wir erinnern uns auch, daß er vorher feierlich verkündet hatte:

Der Reichspräsident ersuchte den Reichszangler, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen darauf zu achten, daß der Lebensstandard der deutschen Arbeiterchaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe.

Wir müssen leider feststellen, daß dieses Versprechen nicht eingelöst worden ist. Oder wollte ein Vertreter der Regierung die Behauptung wagen, der Lebensstandard der Arbeiterchaft sei durch diesen Plan nicht heruntergebrückt, der soziale Gedanke sei nicht beschädigt worden? Wir erinnern an das Versprechen des Herrn Reichspräsidenten, dessen Erfüllung wir für die deutsche Arbeiterchaft beanspruchen.

Ich hoffe, daß unsere Darlegungen nicht spurlos an den Erwägungen der Reichsregierung vorübergehen, daß sie erneut in eine Prüfung der Sachlage eintritt und daß das Ergebnis in der künftigen Aufhebung der Verordnung vom 5. September besteht.

Lebhafte Zwischenrufe während der beiden Reden und stürmischer anhaltender Beifall am Ende zeigten, wie stark die Erregung war, die sich aller Anwesenden bemächtigt hatte und wie die gemachten Ausführungen der Versammlung aus dem Herzen gesprochen waren.

Genosse Clemens Körpel, der Arbeitsrechtler des Bundesvorstandes, sprach anschließend über

Der Kampf um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts

Die Gewerkschaften haben gegen das Wirtschaftsprogramm der gegenwärtigen Reichsregierung vor allem ernste Bedenken in lohnpolitischer und sozialpolitischer Hinsicht. Dazu kommen noch die ebenfalls ernsten Bedenken der Gewerkschaften gegen die tiefgehenden Eingriffe der Reichsregierung in die Rechtsstellung der Arbeiter im Staate sowie in das Tarifrecht und das Arbeitsvertragsrecht.

Die Reichsregierung hat durch ihre Maßnahmen in Rechtsgrundlagen eingegriffen, die gleichzeitig die Grundlagen jedes Staatslebens sind. Durch die vorgenommenen Eingriffe in die Normenwirkung der Tarifverträge, durch die teilweise Beseitigung der Unabdingbarkeit ist die Vertragstreue stark erschüttert worden. Die Gefahren, die in der Beseitigung der Vertragstreue liegen, sind stets von allen verantwortlichen Stellen und auch allen Bevölkerungsklassen stark hervorgehoben worden.

Die Gewerkschaften haben an der Gleichberechtigung der Arbeiterklasse und an der Vertragstreue ein um so größeres Interesse, als ihre Wirksamkeit sich auf sie gründet. Gerade aus diesen Gründen sind es auch die Gewerkschaften, die gar nicht daran denken, sich gegen den Grundlag der Vertragstreue zu wenden. Aber aus denselben Gründen kann man von den Gewerkschaften wiederum auch nicht verlangen, daß sie ihre Hand zu Maßnahmen bieten sollen, durch die die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse und die Vertragstreue nicht nur angetastet, sondern bereits beseitigt wird. 20 Millionen deutsche Arbeiter, mit Familienangehörigen die Mehrheit des deutschen

Volkes, halten an dieser Gleichberechtigung der Arbeiterklasse unverrückbar fest und glauben an die Vertragstreue. Niemand hat oder hatten die Gewerkschaften die Absicht, die durch den Abschluß dieser Tarifverträge übernommene Friedens- und Durchführungspflicht zu verletzen. Aber gegenüber anderen nicht dem Tarifinhalt entsprechenden Abmachungen gibt es keine Friedenspflicht. Es sind also Gründe staatspolitischer und rechtlicher Art, durch die die Haltung der Gewerkschaften entscheidend bestimmt wird. Unser ganzes Staatsleben, die Zukunft des deutschen Volkes hängt ab von der Erhaltung der Grundrechte, die in der Reichsverfassung gewährleistet sind und für die heute allein die Gewerkschaften eintreten.

Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, daß der gegenwärtige Kampf ein Kampf um die persönliche Freiheit des Arbeiters und ein Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse ist.

Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften kämpfen für die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts. Sie stehen in diesem Kampf so gut wie allein, sie sind nur auf ihre eigene Kraft angewiesen. Deshalb ist Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig oberstes Gebot. Die Arbeiter, die bisher abseits standen, werden nun endlich auch begreifen, daß sie sich den Gewerkschaften anschließen müssen, wenn sie nicht rechtlos werden wollen.

Die Gewerkschaften kämpfen auf dem Boden unserer Reichsverfassung einen guten Kampf; sie kämpfen für unsere Menschenrechte.

Einmütig angenommen wurde als Ergebnis der Kundgebung eine Entschließung, die wir auf der ersten Seite dieser Nummer unserer Zeitung bringen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung

Schützt den Lohn! Schützt die Kaufkraft!

Seit Anfang 1930 steht der Lohnabbau auf der Tagesordnung. Der erste Ansturm der Unternehmer galt den über tariflichen Arbeitsverdiensten. Durch ihren Abbau wurden bereits im Jahre 1930 die Stundenlöhne der Arbeiter im Durchschnitt um 6 Prozent gekürzt. Das Jahr 1931 brachte eine allgemeine Kürzung der tariflichen Lohnsätze; der Tariflohn wurde etwa um 8 Proz. gesenkt. Dann kam die Dezember-Notverordnung Brüning's mit ihrem Lohnraubdiktat, die Löhne wurden etwa auf den Stand vom Ende 1925 zurückgeworfen. Damit sollten die Wünsche der rabiaten Scharmacher auf der Arbeitgeberseite in vollem Maße erfüllt worden sein.

Im ersten Halbjahr 1932 wurden die Löhne weiter gekürzt, zum Teil um 10, 15 und sogar 20 Proz. Nach der Tariflohnstillzeit der freien Gewerkschaften lag der durchschnittliche Tariflohn Mitte 1932 um 3,5 Pf. tiefer als im Jahre 1925 — vor der großen Rationalisierungsumstellung der deutschen Industrie!

Seit der Übernahme der Macht durch das Kabinett von Papen setzte eine neue Offensive des Unternehmertums ein.

Die Regierung scheint aber von den Erfolgen ihrer Politik noch nicht befriedigt zu sein. Gleichzeitig mit

der Besserung der Besitzenden mit den Steuergutscheinen für mehr als zwei Milliarden Mark, gleichzeitig mit den reichen Zolls- und Subventionsgeschenken an die Agrarier, öffnet sie einem neuen Lohnabbau Tür und Tor: bei der Erhöhung der Arbeiterzahl in einzelnen Betrieben gestattet sie den Arbeitgebern die Unterschreitung der tariflichen Lohnsätze um 12,5 Proz.

Mit diesem System muß Schluss gemacht werden. Lohnsenkung bedeutet Schwächung der Kaufkraft der Volksmassen! Zerrüttung der Kaufkraft bedeutet Verengung des Binnenmarktes! Verengung des Binnenmarktes beim gleichzeitigen Rückgang der Ausfuhr bedeutet Rückgang der Produktion. Rückgang der Produktion bedeutet Wachstum der Arbeitslosigkeit.

Die Regierung, die die Bereicherung der Reichen auf Kosten der Besitzlosen als höchste Weisheit und soziale Gesinnung betrachtet, muß verschwinden.

Am 6. November muß die Wahlparole lauten:

**Weg mit der Papenregierung! Weg mit der Hitlerbewegung!
Jede Arbeiterstimme für die Sozialdemokratie Liste 2**

Die Papen-Regierung gegen die Opfer der Arbeit.

Nach den Erklärungen der jetzigen Regierung bei ihrem Amtsantritt darf der Staat keine Wohlfahrtsanstalt sein. Deshalb hat die Regierung wohl auch als eine ihrer ersten Handlungen eine starke Kürzung der Unfallrenten vorgenommen. Die Renten für Unfälle, die sich in der Zeit vom 1. Juli 1927 bis 31. Dezember 1931 ereignet haben, sind um 15 Proz. die übrigen Renten, also auch die für künftig eintretende Unfälle, sind um 7½ Proz. gekürzt worden. Ingesamt ist unter Berücksichtigung, daß auch die sogenannten kleinen Unfallrenten — von weniger als 20 Proz. der Vollrente — weggefallen sind, da-

3. Verbesserung der Unfall- und Krankheitsversicherung, um dem Eintreten neuer Rentenfälle vorzubeugen;
4. Einführung einer unabhängigen Betriebsüberwachung auch für öffentliche Betriebe;
5. Erweiterte Einbeziehung von Berufskrankheiten in die Unfallversicherung;
6. Maßgebende Mitwirkung der Versicherten in der Unfallversicherung im Sinne des Artikels 161 der Reichsverfassung.

In dieser Richtung ist aber seitens der Regierung bisher nichts geschehen. Die Regierung hat sich nicht

Kommunisten und Sozialpolitik.

Als die Papen-Regierung in scharfer Weise gegen die Sozialpolitik vorging, forberten die Kommunisten die Arbeiter auf, alle Wachmittel gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung einzusetzen. Diese Parole hat bei Kennern der Verhältnisse Kopfschütteln erregt. Wenn die Kommunisten zur Verteidigung der Tarifliste und zum Schutze der Sozialversicherung aufrufen, so ist daran zu erinnern, daß die gleichen Leute noch vor kurzer Zeit derartige Einrichtungen als Harmonieduclen bezeichneten. Als das Arbeitslosenversicherungsgesetz eingeführt werden sollte, erklärte der kommunistische Fraktionsredner im Reichstag, daß seine Fraktion grundsätzlich gegen dieses Gesetz sei. Weiter führte er aus:

„Mit ihrer Zustimmung übernimmt die Sozialdemokratie die vollständige Fraktionsverantwortung für dieses neue Klassegesetz. Die kommunistische Fraktion lehnt dieses Gesetz, das ein Stück der reaktionären Bürgerblockpolitik ist, ab.“

Jetzt fordern die Kommunisten die Arbeiter auf, für die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Sozialgesetze zu kämpfen. Sie erkennen erst jetzt diese einst so bekämpften Errungenschaften als grundsätzliche Erfolge an. Die Politik der Kommunisten ist durch diesen Widerspruch hinreichend gekennzeichnet.

Parole: Wahrheit erwache!

Deutschlands Arbeitervolk leidet furchtbare Not. Ebenso groß ist die Not, die die Wahrheit im politischen Kampfe erleidet. Im Kampf gegen die Gewerkschaften und ihre politische Sachwalterin, die Sozialdemokratie, ist die Lüge die gebräuchlichste Waffe geworden. Die KPD. erbrachte den klassischen Beweis, wie unendlich viel Unwahrheit den Proleten geboten werden kann. Hitler begriff diese Lehre und steigerte sie zu einem System. Er staunte, wie wenig eigentlich den Marx-Begnern bekannt ist, daß die Massen beschwindelt werden müßten, um Erfolge zu haben. Es läßt sich nicht bestreiten, daß Hitler mit dem von der KPD. übernommenen Lügenystem Erfolge erzielte. Seitdem benutzte die politische soziale und religiöse Reaktion die Lüge ebenfalls außerst meisterhaft. Und das ist das Betrüblteste unserer Zeit, je massiver und groblichlicher eine Lüge ist, um so leichter findet sie Glauben.

Ueber den Marxismus ist Bantastisches zusammengeschwindelt worden. Für den Arbeiter anhang stellen die Nazis ihn so dar: der Marxismus hat den Industriearbeitern an Stelle einer für den Daseinskampf geeigneten und der Würde der Menschheit entsprechenden Weltanschauung eine fatte Glückseligkeitsmoral gegeben. Diese hat den Arbeiter national unwürdig gemacht und jede Aussicht für den Sozialismus zerstört. Für die besitzende Klasse hatten sie eine andere Lesart bereit: in dreizehnjähriger Wirtschaft hat der Marxismus Produktion, Handel, Volks- und Weltwirtschaft völlig zerstört. Am Niedergange der Wirtschaft und am Volkselend sind die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie schuld, denn sie haben durch ihre marxistischen Ideen die Arbeiter unzufrieden und begehlich gemacht. Aus KPD.-Munde formt sich die Sentenz, und damit wird der Gipfel der Unwahrheit erklimmen: die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben den Marxismus verraten. Sie haben den kapitalistischen Staat nicht mit Waffengewalt zerrümmert, sondern den todkranken Kapitalismus wieder zum Leben erweckt. Aus den Trümmern der kapitalistischen Gesellschaft hätte — wie Böhmig aus der Asche — der sozialistische Staat aufsteigen müssen. Der Lehrsatz von Marx: „Auf den Fundamenten des Kapitalismus und einer vollkommenen Produktion den Sozialismus aufzubauen“, der auch in Sowjetrußland zur Anwendung kommt, wird im Konkurrenzkampf gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie geflissentlich außer acht gelassen. Das ist notwendig, um den Arbeitern vorzulügen zu können, daß die marxverräterischen Gewerkschaften den großen revolutionären Massenwillen gelähmt und die Arbeiter um Reichtum und Zufriedenheit betrogen hätten.

So viel Wirrsal um die einfache Wahrheit, daß der Marxismus die Massenbewegung ist, die der Arbeiterklasse in der Gegenwart bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, ein freies Arbeitsrecht und vollkommenen Arbeiterschutz erringen will. Darüber hinaus aber große Ideale Menschheits- und Kulturziele aufstellt, die einmal im Reich der Gerechtigkeit, Freiheit und Wahrheit, im Sozialismus, ihre Erfüllung finden werden. Für dieses Ziel müssen die Arbeiter als organisierte Klasse kämpfen.

Die Wahrheit kommt zum Durchbruch. Wir rufen alle, die den für gestitete Menschen selbstverständlichen Grundsatz zur Richtschnur ihres Handelns wählen, daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegeneinander Gültigkeit haben. Für diesen Marxismus kämpft die Sozialdemokratie!

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften

ADGB AFA-BUND

1. In Deutschland sind über 7 Millionen Arbeitswillige ohne Beschäftigung

2. Der Ausfall an Kaufkraft der Arbeitslosen vermindert den Absatz des Handels ...

3. Mit dem Aufwand von 2 Milliarden Mark müssen 1 Million Menschen mit zusätzlichen nützlichen öffentlichen Aufträgen beschäftigt werden

4. und läßt die Fabriken ohne Aufträge

5. Es entsteht eine zusätzliche Kaufkraft

6. Die Fabriken erhalten mehr Aufträge

7. Neue Arbeitskräfte werden eingestellt

8. Die neu geschaffenen Werte verbleiben dem Staat. Arbeitslosen-Unterstützung wird gespart. Die Steuer-Einnahmen steigen. Die Kosten für die Arbeitsbeschaffung werden somit zum größten Teil gedeckt.

durch eine Ausgabenentlastung von rund 90 Millionen Mark jährlich bei den Trägern der Unfallversicherung eingetreten. Bei einer Gesamtausgabe für Entschädigungen von rund 347 Millionen Mark im Jahre 1931 sind das über 25 Proz. Die Regierung hat sich die Behebung der finanziellen Notlage der Unfallversicherung sehr leicht gemacht, sie aber völlig einseitig durchgeführt. Opfer dieses rigorosen Rentenabbaues sind allein die Unfallverletzten und ihre Kinder und Witwen, Kugnießer dagegen ausschließlich die Mitglieder der Berufsgenossenschaften, die Unternehmer, denen dadurch die Beiträge ermäßigt wurden. Weitere Maßnahmen zur Sanierung der Unfallversicherung sind nicht erfolgt. Die Papen-Regierung hat durch Abbau und teilweise Entziehung der Unfallrenten wohl den Unternehmern einen erheblichen Teil ihrer bisherigen Pflichten abgenommen, aber bisher ihnen weder ihre Borrechte in der Verwaltung beschränkt, noch gemacht, ihnen auch nur im entferntesten ähnliche finanzielle Opfer aufzuerlegen wie den Unfallverletzten.

Die Gewerkschaften haben zur Ausgestaltung und Festigung der Unfallversicherung nachstehende Vorschläge gemacht:

1. Zweckentsprechende Ausdehnung des Geltungsbereichs der Unfallversicherung;
2. Einführung einer Gemeinlast für alle Träger der Unfallversicherung;

einmal entschließen können, eine bessere Bekämpfung der Betriebsgefahren zur Verhütung des Eintretens neuer Rentenfälle und damit weiterer Belastung der Unfallversicherung zu verlangen. Im Jahre 1930 sind in der gesamten Unfallversicherung für Rentenleistungen rund 356 Millionen Mark ausgegeben worden. Demgegenüber steht die sehr geringe Summe von 9 Millionen Mark für die Zwecke der Unfall- und Krankheitsversicherung. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn im gleichen Jahre 163 800 schwere und 9075 tödliche Unfälle eingetreten sind. Dadurch ist allein eine Steigerung der Rentenlasten um 16 Millionen Mark innerhalb eines Jahres entstanden.

Diesem Raubbau am arbeitenden Menschen, dieser unverantwortlichen Vernichtung von Werten an Arbeitskraft und Gesundheit ist nur beizukommen, wenn es gelingt, den jeht in sozialpolitischer Hinsicht gesteuerten Kurs zu ändern. Mit der jeht betriebenen Unternehmerinteressenpolitik muß Schluß gemacht werden.

Ihr Opfer der Arbeit, ihr an Arbeitskraft und Gesundheit für immer geschädigten Unfallverletzten, denkt an die Behandlung, die euch durch die Papen-Regierung zuteil geworden ist, und auch ihr anderen Arbeiter, die ihr noch im Vollbesitz eurer Leistungsfähigkeit seid, die aber jederzeit das gleiche Schicksal ereilen kann, denkt ebenfalls daran und geht am 6. November dieser Regierung die Antwort darauf und stimmt für

Liste 2 Sozialdemokraten

Streiks und Lohnbewegungen.

Tapezierer.

Freistaat Thüringen. Durch einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, den beide Parteien annahmen, wurde der Lohn in Klasse B auf 0,83 M. festgesetzt.

Duisburg. Für die Zeit vom 26. September bis zum 31. Oktober 1932 wurde ein neuer Lohnvertrag mit 0,91 M. abgeschlossen.

Braunschweig. Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses kam ein neuer Lohnvertrag bis zum 30. November 1932 zustande. Der Tarifmindestlohn beträgt 0,83 M.

Dessau. Der Tariflohn wurde auf 0,83 M. festgelegt.

Darmstadt. Mit der Firma E. Trier wurde ein neuer Lohnvertrag abgeschlossen. Der Lohn in der Spitze beträgt 0,92 M., in der zweiten Gruppe 0,87 M.

Fahrzeugbranche.

Görlitz und Niesky. Der Streik in der Metallindustrie Niederschlesiens ist beendet.

Erneuerung

des Badischen Landesvertrages.

Der Mantelvertrag für Tapezierer-, Dekoratur- und Möbelbetriebe sowie für die Handwerksbetriebe im Sattlergewerbe kam wiederum zum Abschluß. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden pro Woche. Der Arbeitslohn wird in einem Einzelabkommen im Rahmen des bestehenden Tarifvertrages festgelegt. Die Löhne sind gestaffelt in sechs Ortsklassen und je im Prozentverhältnis zum Alter der Gehilfen und Näherinnen festgelegt. Arbeiter, die vorwiegend Pinoleum legen, erhalten 10 Proz. Aufschlag auf den jeweiligen Lohn. Bei Akkordarbeit ist der Lohn so zu bemessen, daß 15 Proz. mehr erreicht werden bei durchschnittlicher Leistung und regelmäßiger Arbeitszeit. Der Mindestlohn bleibt für alle Fälle garantiert. Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten für die gleiche Akkordarbeit gleiche Akkordsätze. Ueberarbeit ist nur in dringenden Fällen zulässig und werden für die ersten zwei Stunden 25 Proz., für Nachstunden, Sonn- und Feiertage 50 Proz. vergütet. Ferien erhalten alle Arbeiter und Arbeiterinnen unter Fortzahlung ihres Lohnes. Bei einer Beschäftigungsdauer von einem Jahr werden drei Tage, steigend nach jedem weiteren Jahr um einen Arbeitstag bis zu acht Arbeitstagen gewährt. Die Vergütung wird jedoch nur mit 60 Proz. abgezogen.

Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch den zuständigen Arbeitsnachweis. Die Parteien verpflichten sich, den Vertrag zur Allgemeinverbindlichkeit einzureichen. Bei Schlichtung von Differenzen treten die Schlichtungskommissionen am Ort in Wirksamkeit. Erfolgt keine Einigung in der Schlichtungskommission, so entscheidet das Tarifamt, das seinen Sitz in Heidelberg hat. Der Vertrag gilt vom 1. Oktober 1932 bis zum 1. Oktober 1934.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Kathenow. Unsere Verwaltungsstelle konnte am 15. Oktober 1932 auf eine 25jährige Wirksamkeit zurückblicken. Dies gab Anlaß — trotz dieser harten Zeit — zu einer kleinen Feier. Kollege Gerhardt, Berlin, würdigte das gewerkschaftliche Streben. Ein Mitbegründer und der Vorliegende gaben alte Erinnerungen zum besten. Zunächst ging es nur langsam mit dem Organisationsgedanken voran. Durch das Aufstehen einer Lederwarenfirma am Ort stieg die Arbeitsmöglichkeit. Waren doch in guter Zeit über 200 beschäftigt, und entsprechend entwickelte sich unser Mitgliederbestand. Ein 17männiger Streik vor dem Kriege wurde ausgefochten, auch 1925 wurde infolge Lohndiskrepanzen mit Erlaß gestreikt. Leider ist durch den Zusammenbruch der größten Firma am Ort die Arbeitsmöglichkeit gesunken und blieb nicht ohne Einfluß auf die Mitgliederzahl unserer Verwaltungsstelle. Trotzdem halten die Rathenower laut ihrem Vorliegenden Kollegen Ulbrich treu zur Fahne ihrer Organisation. Der Kollege Emil Dohle, Sattler, konnte zugleich sein 25jähriges Verbandsjubiläum begehen.

Rundschau

Erneuter Pfundstreik. Der englische Pfundkurs ist im Verlauf der Woche erneut stark ins Ausschlagen gekommen. In Berlin wurde das Pfund am 18. Oktober noch mit 14,50 M. bezahlt. Nach den letzten Mitteilungen ist es auf 14,28 M. zurückgegangen. Nachdem der Pfundkurs monatelang unverändert gestanden hat, konnte man eine faktische Stabilisierung annehmen. Nun hatte die Bank von England ihre Stützungsmaßnahme vorübergehend eingestellt. Nach dem erneuten Sturz des Pfundkurses hat die Bank von England wieder eingegriffen und durch Stützungskaufe den Pfundkurs auf dem ermäßigten Niveau gehalten.

Friedrich Boldt - 60 Jahre.

Am 1. November 1932 begeht unser Kollege Friedrich Boldt seinen 60. Geburtstag. Seit Gründung der Zahlstelle Schwerin i. M. des damaligen Verbandes der Tapezierer im Jahre 1902 ist Friedrich Boldt Mitglied des Verbandes und zugleich Vorsitzender der Verwaltungsstelle Schwerin. Diese Tatsache zeugt mehr als viele Worte dafür, welches besondere Vertrauen ihm seine Kollegen jederzeit entgegengebracht haben. Lange Jahre war Kollege Boldt Vorsitzender des Ortsausschusses der DVB. angehängten Gewerkschaften Schwerins und ist auch heute noch zweiter Vorsitzender dieser wichtigen Institution der Arbeiterbewegung, wie ja sein ganzes Streben der Hochhaltung der Gewerkschaftsbewegung gilt.



Wir bringen dem Geburtstagskind im Namen seiner Verwaltungsstelle Schwerin und zugleich für den ganzen Verband die herzlichsten Glückwünsche dar und danken ihm für die treuen Dienste, die er in jahrzehntelanger Arbeit unserer Organisation und darüber hinaus der gesamten Arbeiterbewegung geleistet hat. Damit verbinden wir den Wunsch, daß es unserem Kollegen Friedrich Boldt noch recht lange beschieden sein möge, für unsere Organisation zu wirken.

Der Hauptvorstand.

Die Verwaltungsstelle Schwerin i. M.

Die Uhr rasselt wählt!

Unsere Zeit ist ein großer Wecker. Die große, eiserne Wanduhr rasselt und ruft mit gewaltigen Schlägen. Herder. Graut es? Soll jetzt endlich ein neuer Morgen werden? Es rasselt. Die große Weltenuhr weckt. In gewaltigen Schlägen hämmert's. Es ist Zeit zum Erwachen. Auf, zur Pflicht! Hört ihr nicht, wie die Stunde euch rasselt ruft? Heraus aus dem Schlummer der Zufriedenheit! Die Wanduhr der Geschichte weckt, doch was nutzt das Wecken, wenn ihr nicht aufsteht? Heraus, ihr Schläfer, ihr Träumer des Lebens! Ihr ewig Zufriedenen, ihr Gleichgültigen! Seid doch einmal wenigstens wach! Wählt rot! Wählt die Farbe des Morgenrots! Laßt euch wecken! Und darum rassel und rassel, du schwere, eiserne Uhr! Und höre nicht auf und rassel, daß auch der schläfrigste Träumer dich hört und die Stunde begriff, die der 6. November bedeutet!

Bücherchau

„Die Bücherliste“, Monatszeitschrift der Bücherliste Gutenberg, bringt in ihrer Oktobernummer die Ankündigung von vier Neuerscheinungen: „Der Streik“, ein Bergarbeiterroman von Rudolf Taumann, „Die Komödie der Tiere“, preisgekürzte Tiergeschichten von André Demaison, „Kasse im Kampf“, ein Gegenwartsroman von Karl Schwob, und „Der weiße Dogen“, eine Geschichte der Nordpolforschung von Ernst Jülicher. Diese vier Bücher werden in der Zeitschrift ausführlich besprochen. Außerdem enthält das Heft eine reizende Erzählung von Demaison und eine Reihe guter Abbildungen von Recklein, Seewald und anderen. Die Zeitschrift geht den Mitgliedern der Bücherliste Gutenberg kostenfrei zu.

Waffen gegen den Nationalsozialismus. Der Verlag der rev. bilitätlichen Wochenzeitschrift „Kampf“, Berlin, hat als Wahlmaterial gegen den Nationalsozialismus eine illustrierte Sondernummer herausgebracht, die reich mit Bildern versehen, eine schwere Anlage gegen den Nationalsozialismus bedeutet und dieser Bewegung die Waffe vom Gesicht reiht. Der illustrierte „Kampf“ ist besonders geeignet, bisherige Naziwähler von der Abhängigkeit der Politik dieser Partei zu überzeugen. Er ist durch den Verlag des „Kampf“, Berlin, SW. 68, Lindenstr. 2, zu beziehen. Bei Massenbestellungen ist Sonderpreisliste anzufordern.

Die Niederlegung der Baujahrsteuer* von Kantdirektor A. D. Rud. Köpfen, Steuerfachprüfungsamt in Bonn, ist zum sofortigen Bezug zu empfehlen, wenn man rechtzeitig alle Vermögensgegenstände erhalten will. Das Büchlein ist zum Preis von 2.— M. durch H. Köpfen in Bonn, Erntestraße 1, Postfachkonto Köln 1081 31, zu beziehen. Der Bezug kann unter Beleg nur empfohlen werden, da schon eine einzige Auskunft das Büchlein mehrfach begehrt macht.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Mit Zeitschrift „Sozialökonomische Rundschau“. Herausgegeben von Karl Bruns, Jena, Juliheft 1932. Verlag Karl Zwarg, Verlagsbuchhandlung Jena. Vierteljahressubskription 3,60 M.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 24. Oktober bis zum 30. Oktober ist der 44. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation können zurückblicken:

Name	Beruf	Eingetret.
Dohle, Emil,	Sattler	16. 9. 1907

Achtung! Verwaltungsfesten des Mitteldeutschen Bundes.

Bericht: Stichtag zum Erweiterten Vorstand.

Der Kollege Emil Kohl-Rassel teilt uns unterm 19. Oktober 1932 mit, daß er seine Kandidatur zur Stichtagwahl im Einverständnis mit der Ortsverwaltung zurückzieht. Daburch ist die in der Nr. 43 unserer Zeitung ausgeschriebene Stichtagwahl in den Orten des Mitteldeutschen Bundes hinfällig. Der Kollege Lindner-Zeit ist somit Mitglied des Erweiterten Vorstandes. Der Hauptvorstand.

Achtung! Monatskarten pünktlich einsenden!

Die Monatsberichtsarten über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Oktober 1932 sind bis spätestens zum 5. November an die Hauptverwaltung einzusenden. Stichtag ist Sonnabend, der 29. Oktober 1932.

Richtigstellung. In dem in der Nr. 42 enthaltenen Bericht über die Bezirkskonferenz in Dessau muß es im zweiten Abschnitt fünfte Zeile von unten heißen: „Keinen Vorteil“ statt „einen Vorteil“, wie es im Bericht steht.

Verjammlungständer

Bielefeld. Die Stichtagwahl zwischen Priebis-Bielefeld und Krefeld-Düsseldorf zum Erweiterten Vorstand findet am Mittwoch, dem 2. November, von 16 bis 18 Uhr statt in folgenden Lokalen: Wirtschaft Kollsch, Heinrichstraße; Wirtschaft Kaiser, Schildescher Straße. Alle Arbeitslose wählen im Verbandsbüro Weberstraße 5. Die Brautweber Kollegen wählen in der Wirtschaft Klostermann. Mitgliedsbuch bgn. Karte ist bei der Wahl vorzulegen. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, kann nicht wählen.

Zeitz. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Freitag, dem 25. November, im Lokal Feisensteller, Freiligrathstraße, statt. Neben Geschäftlichem und Verschiedenem ist ein Lichtbilder-Vortrag von der Bundeschule Bernau vorgesehen. Beginn 8 Uhr abends. Die Ortsverwaltung.

Adressenänderungen

Helmstedt: Vorf. Hans Putallus, Volkstr. 1. Delmenhorst: Vorf. Wilhelm Klattenhoff, Fischtr. Drossen: Vorf. Wilhelm Kahan, Breitestr. 13. Goslar: Raff. Ernst Köttner, Friemarerstr. 23. Heidelberg: Vorf. Joh. Jung, Bräunerstr. 25 III.

Sterbetafel.

Gestorben sind: Bielefeld. Am 9. Oktober unser Kollege August Kühne, 58 Jahre alt. — Am 20. Oktober unser Kollege, der Sattler Wilhelm Rinne, 52 Jahre alt. Hamburg. Am 15. Oktober unser alter Hamburger Kollege, der Tapezierer Daniel Halfter im Alter von 67 Jahren. Mitglied unseres Verbandes seit 38 Jahren hat Kollege Halfter, tragend er seit Jahren selbstständig war, dem Verband jeberzeit die Treue bewahrt. Nicht nur, daß er immer für die Ausbreitung unserer Organisation eingetreten ist, hat er auch in den späteren Jahren in der Leitung unserer Tapezierer-Krankentasse gewirkt. Zeitz. Im Alter von 73 Jahren unser Kollege, der Sattler Otto Hübn er. Berlin. Am 15. Oktober Richard Schwarze, Treibriemenfahler, 59 Jahre, alt, eingetreten 1900.

Ehre ihrem Andenken!